



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Landesweites Azubi-Ticket einführen: Gerechtigkeit bei Fahrtkosten für alle Auszubildenden und Studierenden

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass

1. vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels kein junger Mensch aus finanziellen Gründen gezwungen sein darf, einen Ausbildungsvertrag zu lösen,
2. die von Gewerkschaften, Kammern und Verbänden im Land geforderte Kostenentlastung für Auszubildende vom Landtag unterstützt wird,
3. die kurzfristige Einführung eines Azubi-Tickets, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, bisher an Hindernissen scheitert wie dem Fehlen eines landesweit einheitlichen Tarifgebiets und eines flächendeckenden ÖPNV-Angebots sowie einer Unterfinanzierung des Ausbildungsverkehrs,
4. Auszubildende und Studierende, die dem Grunde nach keinen Anspruch auf Leistungen nach dem Berufsausbildungsförderungsgesetz (BaföG) und Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) gemäß SGB III haben sowie Schüler/innen der Schuljahrgänge 11 bis 13 schlechter gestellt sind,
5. eine Verkehrswende durch eine Verkehrsverlagerung auf den ÖPNV auch durch die Ausweitung der Angebots- und Nachfrageseite von Schülern, Studierenden und Auszubildenden gesteuert werden kann.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Zum Ausbildungsbeginn am 1. August 2018 die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Auszubildende zu den Kosten der auswärtigen Unterbringung sowie zu Fahrtkosten aus Anlass des Besuchs einer auswärtigen Berufsschule“ so zu ändern, dass alle Auszubildenden, die dem Grunde nach keinen Anspruch gemäß § 12 BaföG und BAB gemäß § 63 SGB III haben, Fahrtkosten zum Ausbildungsbetrieb und zur Berufsschule sowie alle Studierenden Fahrtkosten zur Fachhochschule und Universität erstattet bekommen.

(Ausgegeben am 16.05.2018)

2. Zum Schuljahr 2019/2020 auch Schüler/innen der Schuljahrgänge 11 bis 13 die Bus- und Bahnfahrt zur und von der Schule kostenfrei zu stellen.
3. Mittelfristig unter Beteiligung der Betroffenen ein Konzept für die Einführung eines landesweit kostengünstigen ÖPNV-Tickets für Auszubildende und Studierende zu erstellen und umzusetzen.
4. Langfristig das ÖPNV-Angebot im Land qualitativ und quantitativ auszubauen und die Voraussetzungen für die Einführung eines fahrscheinlosen steuerfinanzierten öffentlichen Nahverkehrs in Sachsen-Anhalt zu schaffen.

Begründung

Sachsen-Anhalt hat einen Fachkräftemangel, Auszubildende zu finden und zu halten ist schwierig. Gewerkschaften, Kammern und Verbände fordern seit Monaten, Auszubildende bei Kosten wie Unterbringung und Beförderung zu entlasten. Letzteres sieht auch der Koalitionsvertrag vor, allerdings sehr vage.

Trotz des Landtagsbeschlusses Drs. 7/1796 vom 25. August 2017 zur Einführung eines Azubi-Tickets und einer breiten und kontroversen Debatte des Verkehrsausschusses im Januar 2018 zum Thema, hat die Landesregierung bisher nichts vorgelegt.

Für die Umsetzung des Ziels braucht es neben mehr Mitteln für den Ausbildungsverkehr auch strukturelle Änderungen wie einen landesweit einheitlichen ÖPNV-Tarif sowie den Ausbau des ÖPNV in der Fläche. Bei der Finanzierung und Kostenübernahme der Beförderung gibt es zudem viele Ungerechtigkeiten innerhalb und zwischen Auszubildenden und Studierenden. Das Land ist bereits vom Verwaltungsgericht dazu aufgefordert, hier gegenzusteuern.

Kurzfristig soll die Landesregierung daher die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Auszubildende zu den Kosten der auswärtigen Unterbringung sowie zu Fahrtkosten aus Anlass des Besuchs einer auswärtigen Berufsschule“ anpassen und finanziell aufstocken, um mehr Gerechtigkeit herzustellen.

Für die beginnenden Haushaltsverhandlungen soll für das übernächste Schuljahr 2019/2020 die Schülerbeförderung auch für die Schuljahrgänge 11 bis 13 finanziert werden, was einer Anpassung im Schulgesetz § 71 bedarf.

Mittelfristig soll unter Beteiligung der Landkreise und kreisfreien Städte, Verkehrsunternehmen, der Schüler- und Studierendenvertretungen sowie der Verbände, Gewerkschaften und Kammern ein Konzept erarbeitet werden für ein landesweit kostengünstiges Azubi-Ticket.

Langfristig ist für eine nachhaltige Mobilität unter Berücksichtigung der energetischen, klimatischen und Umweltsituation das ÖPNV-Angebot im Land qualitativ und quantitativ auszubauen.

Die Finanzierung des mittelfristigen Ziels bedarf einer breiten Diskussion. Vorstellbar ist die Thüringer Variante mit einer Drittelfinanzierung durch Land, Kammern und Auszubildende. Das Hessische Modell eines Azubi-Tickets für einen freiwilligen Jahresbeitrag von 365 Euro für landesweiten Nahverkehr ist ebenso diskutabel.